



Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2021

Mittwoch, 25. August 2021

17:00 Uhr bis 20:30 Uhr – ver.di NRW

40210 Düsseldorf und live im Internet

B wirkt: Die Fachbereiche Sozialversicherungen, Bund und Länder, Gemeinden, Verkehr und Besondere Dienstleistungen mischen sich ein! Wir haben Vertreter:innen aller demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag zum Streitgespräch eingeladen.



Vor der Bundestagswahl wollen wir es wissen: Wie stehen die Parteien zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, zu Mitbestimmung und Tarifbindung, zu Kommunal финанzen, der sozial-ökologischen Verkehrswende und der Wohnungspolitik? Wie stehen sie zur ver.di und welche Bündnisoptionen gibt es nach der Bundestagswahl?

Diese und weitere Fragen diskutieren ehrenamtliche ver.di-Vorstandsmitglieder und Personal- und Betriebsräte mit:

- CDU (angefragt)
- Zanda Martens, SPD
- Carl-Julius Cronenberg MdB, FDP
- Ulrike Eifler, DIE LINKE
- Britta Haßelmann MdB, Bündnis 90 / DIE Grünen

Moderation: Judith Schulte-Loh

Die Veranstaltung findet als online-Veranstaltung statt.

Einfach über den Meeting-Link (Webex) eintreten:

t1p.de/podiumsdiskussion-verdi



ver.di setzt sich für eine freie, gleiche und solidarische Gesellschaft ein – eine Gesellschaft, in der die Menschen gleich welcher Herkunft sozial, wirtschaftlich und politisch teilhaben können.

Es darf nach der Corona-Pandemie weder ein Zurück zur alten Normalität eines ökologisch und sozial blinden Wirtschaftssystems geben, noch dürfen notwendige Investitionen und Ausgaben in Infrastruktur, Personal oder Sozialpolitik aufgrund der höheren Verschuldung des Staates ausbleiben. Wir wollen eine Politik, die soziale Ungleichheit, die Spaltung des Arbeitsmarktes und den fortschreitenden Raubbau an der Natur überwindet. Der digitale Fortschritt muss für eine Humanisierung der Arbeitswelt genutzt werden. Unsere Demokratie muss gegen Feinde der Demokratie – insbesondere gegen Rechtsextremisten – verteidigt werden. In einer von nationalen Egoismen, Krisen und Konflikten geprägten Welt sind Solidarität, ein soziales Europa und eine aktive Friedenspolitik unabdingbar.

Deshalb:

